Erscheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ inkluſ. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh bar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 6665.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Bölbergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 12. Dienstag den 16. Januar 1894. 5. Jahrg.

Kampf um Volksrechte.

k. Wenn das bürgerliche Selbstbewußtsein sich über die täglich bemessenen Rechte des Volkes einmal äußert, so geschieht dies fast immer in einer zweideutigen, oft recht kläglichen Art. Ja, selbst dann, wenn das bürgerliche Klassenbewußtsein — wie z. B. in der Diäten- und Fahrkartenfrage des Reichstages — in seinen eigenen Vertretern von seiten der Reichsregierung mit Fußtritten bedacht wird, ringt es vergeblich nach einem passenden Ausdruck. Niemand in dieser Gesellschaftsklasse denkt daran, durch Verweigerung des Etats die Regierung zur Kapitulation zu zwingen. Nur kein Aufsehen, keinen Konflikt! —

Die Hoch- und Freikonservativen, sowie ihre rein agrarischen Bundesgenossen setzen alles an eine für ihre Klasse günstige Gesetzgebung, für ein fett bestrichenes agrarisches Butterbrot verkaufen sie ohne Bedenken die ganze Konstitution, wenn nicht ein derartiger Handel verboten und etwas gefährlich wäre. Was sind ihnen Volksrechte und Freiheit, was ist ihnen Hekuba?

So ist auch der überwiegenden Menge der Nationalliberalen, der Freisinnigen beider Richtungen, sowie auch der wenigen nord- und süddeutschen Demokraten das allgemeine Reichstagswahlrecht im Hinblick auf die riesenhaft anschwellenden Wogen der Sozialdemokratie ein mehr oder minder gehaßtes Uebel. Und wie oft weiß es der Kassenegoismus und die politische Feigheit des Liberalismus dem reaktionärsten Treiben des Konservatismus gleichzuthun, wo es sich um Freiheit und Rechte handelt? Der Unterschied zwischen den konservativen und liberalen Geschwistern liegt häufig nur darin, daß die ersteren offen das aussprechen, was die letzteren nur denken, aber begehren. Diese liberalen Opportunitätsleute, diese politischen Wetterfahnen, äußern sich oft rückschrittlicher als der Fürst Bismarck auf dem Marktplatz von Jena. Der alte Erzreaktionär sagte nämlich ganz richtig, daß das Gleichgewicht zwischen Volksvertretung und Krone zu gunsten der letzteren gestört sei. Freilich übersah dabei der Biedermann, daß auch schon zur Zeit seiner Hausmeierei das deutsche Parlament das ohnmächtigste und kriechendste unter allen Parlamenten Europas, ja, des Erdkreises war. — Trotzdem hat Bismarck mit seiner Ansicht über das gestörte „Gleichgewicht" völlig recht, und jeder anständige politische Charakter ohne Unterschied der Partei sollte dafür Sorge tragen, daß die Störung beseitigt würde. Auf den Liberalismus ist dabei nicht ernstlich zu rechnen; lieber hungert er die große Masse „mit dem beschränkten Unterthanenverstand", die seinen hohen Idealismus nicht versteht, tüchtig herunter und schruppert und knabbert nebenher an dem dürftigen Knochen unserer Volksrechte.

Ist jenen Leuten das unvernünftige, begehrliche Volk noch nicht „reif" genug, so speist die kleinbürgerliche Demagogie des sogenannten Mittelstandes, der Antisemitismus, die nach Freiheit und Recht hungernde und dürstende Menge mit tauben Nüssen ab, die mit großen Worten und hohlen Redensarten gefüllt sind.

In früheren Zeiten beteiligte sich an dem Kampf um die Volkrechte gelegentlich die Zentrumspartei, die in der Aera des „Kulturkampfes" dann und wann für die Abwehr der auf Staatsallmacht abzielenden Projekte des hausmeiernden Jahrhundertmannes zu haben war. Aber auf unsere ehrlichen Zentrumsleute ist genau ebensoviel und ebensowenig Verlaß wie auf die Landsknechte des Mittelalters: Sie schlagen sich für denjenigen, der ihnen am meisten bietet. Dieselben Bollwerke der Reaktion, die sie gestern verteidigten, greifen sie heute mit gleichem Eifer an, — es kommt nur darauf an, wie der Sold ausfällt. Für die etwas angedunkelten Münzen der Schul-, Kirchen- und Jesuitenpolitik unserer Bundesregierungen ist heute die schwarze Leibgarde in das gouvernementale Lager abgeschwenkt und richtet ihre Spieße so drohend gegen die Volksrechte, wie nur irgend ein konservativer Heereshaufe.

Ebenso zuverlässig aber wie die Ultramontanen — häufig mit ihnen sogar identisch — sind die elsässischen Protestler, die Polen und Welfen, welche letzteren sich auch als Rechtsparteiler bezeichnen, womit sie vielleicht andeuten wollen, daß sie auf das Recht des Volkes pfeifen, sofern nur das partikulare Recht ihrer alten welfischen Herrscherdynastie gewahrt bleibt.

Nun könnte man einwenden: Sehen wir von den einzelnen Parteien ab und halten wir uns daran, daß die einzelnen deutschen Bundesstaaten Rechtsstaaten sind, die ihre verbriefte und besiegelte Verfassung haben. Gewiß, das kann man sagen. Preußen ist z. B. ein solcher Rechtsstaat. Die preußische Verfassung enthält, um nur einen Punkt herauszugreifen, einen Abschnitt über die „Rechte der Preußen". Darnach sind „alle Preußen vor dem Gesetze gleich". Und der Artikel 29 der Konstitution sagt ganz ausdrücklich:

„Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis und friedlich ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln."

Allein, Verfassung hin — Verfassung her! Artikel 29 erlitt schon bald durch königliche „Verordnung" vom März 1850 eine Reihe wesentlicher Einschränkungen, und zwar zur „Verhütung des Mißbrauchs" der Versammlungsfreiheit. Trotzdem behielten die Preußen wunderbarerweise das Recht, Versammlungen einberufen zu dürfen, ohne der behördlichen Genehmigung zu bedürfen, ohne sich dadurch einer strafbaren Handlung schuldig zu machen u. s. w. Mit diesem gesetzlich und sogar konstitutionell garantierten Recht, das den preußischen Staat ziert, braucht man nur die rauhe Praxis der Handhabung des Versammlungsrechtes zu vergleichen, um den Unterschied zwischen schöner Theorie und brutaler Wirklichkeit zu erkennen. In allen Gauen unseres teuren rechtsstaatlichen Preußen-Deutschlands fehlt es hierzu nicht an einschlägigen Beispielen, weshalb wir auf weitere Einzelheiten verzichten dürfen.

Wir Sozialdemokraten verlangen deshalb nach dieser Richtung kurzweg: „Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken." Wir müssen dies verlangen, um zu verhindern, daß das Belieben der Gewalthaber mit den Volksrechten Fangball spielt. —

Da nun die deutsche Verfassungsurkunde und die einzelstaatlichen Konstitutionen nicht in ausreichender Art die Volksrechte verbürgen, weil Papier allein dazu leider nicht ausreicht, da ferner sämtliche Bourgeois-Parteien nur das kapitalistische Klasseninteresse in der einen oder anderen Form vertreten, so erwachsen aus solcher Sachlage der einzigen proletarischen Partei, der Sozialdemokratie, gesteigerte Verpflichtungen. Sie muß die Arbeit der früher revolutionären Bourgeoisie mitthun. Vor allem darf sie die Auffassung nicht aufkommen lassen, welche die Pindter-Feder in der „N. Allg. Ztg." zu beweisen versucht. Nach ihr besitzt das Volk aus eigenem Rechte überhaupt nichts; ja, „die Auswahl der politischen Rechte erfolgt nicht von unten nach oben, sondern von oben nach unten, und zwar geht diese Delegation nur von der Krone aus." Das heißt also mit nüchternen Worten: Die Rechte des Volkes sind nichts weiter — als ein Ausfluß der Gnade der Krone.

So wenig aber die Arbeiter der Kapitalisten wegen da sind, so wenig sind die Völker der Fürsten wegen vorhanden; denn jedes Volk ist sich Selbstzweck; es ist sein eigener Verjüngungsquell, wie es überhaupt die Quelle aller Machtbefugnisse und Rechte darstellt. Das Volk giebt und duldet, aber in seiner Hand liegt es auch zu nehmen und zu zerschmettern; von seinem, ganz allein von seinem Willen hängt es ab, ob es den gewaltigen Nacken rechtlos und versklavt beugt, ob es von seinen Naturrechten Gebrauch macht und — wirtschaftlich wie politisch befreit — einer neuen Sonne entgegenjauchzt.

Finden wir nun auch in unserem Kampfe für die Volksrechte keine Unterstützung bei den alten Parteien, so bleibt uns doch der Trost, daß die sozialdemokratische Auffassung der Sache dem gesunden Menschenverstande allein entspricht.

Rundschau.

Aus dem Reichstag. Drei Tage hat sich der Reichstag jetzt schon mit der Tabaksteuer-Vorlage beschäftigt und noch ist die Debatte darüber nicht zu Ende geführt. Dieselbe wird am Montag fortgesetzt.

Es dürfte der erste Fall sein, daß über eine Vorlage, von der heute schon feststeht, daß sie mit erdrückender Mehrheit abgelehnt wird, eine so ausgedehnte Debatte stattfindet. Seine Erklärung findet dieser Vorgang nur in der gewaltigen Aufregung, welche gerade diese Steuervorlage in den weitesten Volksschichten hervorgerufen hat. Den größten Raum in der Debatte beanspruchten die Ausführungen der Bundesratsbevollmächtigten, Minister von Riedel und Posadowsky. Außer den Ministern sprach noch der Abgeordnete Klemm (Ludwigshafen) für die Vorlage, während die Abgeordneten von Hammerstein, Schneider (Nordhausen), Böckel und Rösicke sie bekämpften. Recht komisch machte sich die Entrüstung des Dr. Böckel, der sich in der Rolle des

---

49] **Das Drama von Melbourne.**

Roman von F. W. Harme. Deutsch von A. Geisel.

[Nachdruck verboten.]

Bei einer solchen Gelegenheit traf ich mit Rosanna Moore zusammen; alle Herren, ob jung oder alt, zogen an ihrem Triumphwagen, und ich schloß mich der Schar ihrer Bewunderer an. Sie war Schauspielerin und Tänzerin an einem Burlesketheater, berückend schön, sprühte sie von Laune und Uebermut, und ehe ich mich's versah, hatte ich mein Herz an sie verloren. Ich erkundigte mich nach ihrem Privatleben und erfuhr, daß sie von einer drachenartigen Mutter unter strenger Klausur gehalten wurde, und so besann ich mich nicht lange und bot Rosanna Hand und Herz. Die einzige Bedingung, die sie stellte, war die Geheimhaltung der Ehe; seltsamerweise erklärte mir Rosanna, ohne diese Klausel würde auch sie nicht auf die Heirat eingegangen sein. Damals begriff ich nicht, weshalb sie die Geheimhaltung wünschte; was mich betrifft, so hatte ich die Bedingung in Rücksicht auf meinen alten, in puritanischen Grundsätzen erzogenen, in England lebenden Vater gestellt; wenn er erfuhr, daß ich eine „Theater-Prinzession" geheiratet hatte, würde er außer sich geraten sein, und ich wollte ihm seine letzten Lebensjahre nicht vergällen. Während eines Urlaubs, den Rosanna in Sydney verbrachte, reiste ich dorthin und heiratete sie; meine junge Gattin erklärte ihrer Mutter kurz und bündig, sie sei meine Geliebte und werde als solche in mein Haus übersiedeln. Die alte Megäre geriet in Wut, und ihre sittliche Entrüstung legte sich erst, als ich ihr eine bedeutende Geldsumme auszahlte, damit sie uns in Frieden lasse. Während der nun folgenden Monate lernte ich auch begreifen, weshalb Rosanna unsere Ehe geheim zu halten bemüht war; ich entdeckte, daß ich meinen Namen einer ganz gemeinen Buhlerin gegeben und ich litt Höllenqualen, während Rosanna zahllose Liebschaften anzettelte. Ich verlangte, sie solle der Bühne entsagen, ich wollte jetzt, unbekümmert um den Zorn meines Vaters, unsere Heirat veröffentlichen, aber meine Gattin lachte mich aus. Sie erklärte mir kühl und bestimmt, die Bühne sei ihr Leben und nur, wenn sie als unverheiratet gelte, werde sie das Publikum fesseln. Die Geburt eines Mädchens ließ Rosanna für kurze Zeit den mütterlichen Pflichten leben, und schon hoffte ich, sie werde sich durch das kleine Wesen dauernd ans Haus fesseln lassen; aber auch hierin hatte ich mich getäuscht. Sie überließ das Kind der Dienerschaft, und als ich ihr Vorwürfe deshalb machte, ward sie heftig und erklärte mir rund heraus, sie habe mich nie geliebt, sondern mich nur um meines Geldes willen geheiratet.

Ich will das Elend, welches ich in thörichter Verblendung über mich heraufbeschworen, hier nicht weiter schildern, ich litt entsetzlich, und mehr als einmal stand ich auf dem Punkte, mir das Leben zu nehmen. Da mußte ich eine kurze Geschäftsreise antreten; als ich nach dreitägiger Abwesenheit heimkehrte, war Rosanna mit dem Kinde verschwunden, und ein Brief, den sie mir zurückgelassen, meldete mir, daß sie nicht wiederkommen werde. Sie sehne sich nach Veränderung, und da sie angenehme Reisegesellschaft gefunden, gedenke sie die alte Welt kennen zu lernen. Ich möge nicht nach ihr forschen, sie sei für mich tot, und je eher ich sie vergesse, um so besser werde es für mich sein!

Diese Herzlosigkeit empörte mich, zudem erfuhr ich, daß die „angenehme Reisegesellschaft" ein junger Engländer, ein gewisser Frank Kelly sei, mit dem Rosanna schon seit längerer Zeit „befreundet" gewesen.

Meine Freunde lachten mich aus, daß die Untreue einer Geliebten mich so aus den Fugen gebracht, und allmählich lernte ich selbst meine kurze Ehe in diesem Lichte betrachten. Rosanna ließ nichts wieder von sich hören; anfänglich war mir das ganz recht und erst, nachdem mehrere Jahre verstrichen waren, kam es mir in höchst störender Weise zum Bewußtsein, daß ich noch an sie gefesselt sei. Ich lernte ein junges Mädchen, die einzige Tochter eines deutschen Arztes, der in Melbourne lebte, kennen, und bald lag ich völlig im Bann des lieblichen Geschöpfes. Jetzt begann ich unter der Hand Erkundigungen nach Rosannas Aufenthalt einzuziehen; ich mußte sie finden und ihre Einwilligung zur Trennung der Ehe zu gewinnen suchen, bevor ich Luise um ihre Hand bitten durfte. Lange Zeit hindurch blieben meine Bemühungen erfolglos, aber endlich erhielt ich einen Brief von einem jungen Arzte aus London, welcher mir mitteilte, die Gesuchte sei bei einem Eisenbahnunfall schwer verletzt worden und in dem Hospital, an welchem er angestellt sei, gestorben. Das war mehr, als ich zu hoffen gewagt, dem Briefe war ein Zeitungsblatt, welches die Darstellung des Unglücksfalles enthielt, beigefügt, und nun ich mich frei wußte, eilte ich, mir Luisens Hand zu sichern; ihr Herz besaß ich längst.

Meine zweite Ehe war in jeder Hinsicht glücklich und entschädigte mich vollauf für das Leben, welches meine erste Heirat über mich gebracht. Als meine Tochter Magda geboren wurde, hätte ich mit keinem Fürsten getauscht; des Kindes, welches meiner Verbindung mit Rosanna entsprossen, hatte ich, zu meiner Schande muß ichs gestehen, nur noch selten gedacht. Als Tochter einer sittlich verkommenen Mutter war es sicherlich in deren Fußtapfen getreten; vielleicht war es auch gestorben, da in dem Berichte über Rosannas Ende seiner nicht erwähnt worden war.

Ein ebenso unerwarteter wie unliebsamer Besuch von Rosannas Mutter sollte mich daran erinnern, daß auch das hellste Licht nicht ohne Schatten ist. Die alte Hexe war in den Jahren, da ich sie nicht gesehen, tief und tiefer gesunken, das Geld, welches ich ihr seinerzeit ausbezahlt, war in alle Winde verflogen, und der Schnapsduft, den die Alte um

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218940116-11/fragment/page=0001

auf den Leimgegangenen und Reingefallenen nicht recht wohl zu fühlen scheint. Der Antisemitenführer will mit seinen Genossen keine Militärvorlage mehr bewilligen und wenn deren tausende eingebracht werden sollen. Schade, daß dieser Entschluß bei den Herren so spät kam; man muß eben antisemitisch-dumm sein, wenn man glauben konnte, daß es mit der Deckung der Militärkosten anders kommen werde, wie es gekommen ist. Da für den Fall eines Schlußantrages von sozialdemokratischer Seite die Aussählung beantragt worden wäre, mußte die Verhandlung zum Montag vertagt werden. Man glaubt, daß dann Miquel reden wird. Von sozialdemokratischer Seite wird Molkenbuhr noch zum Wort kommen.

Nächsten Mittwoch soll die erste Lesung des berüchtigten Zentrums-Antrages wegen Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Kolportage-Buchhandel u. s. w.) zur Verhandlung kommen. Am Dienstag findet voraussichtlich keine Sitzung statt.

Die „Nordd. Allg. Ztg." stimmt vor Thoresschluß noch einmal das alte Lied von der Erhöhung der Matrikular-Beiträge an, die unbedingt eintreten müsse, wenn die Steuervorlagen der Regierung abgelehnt würden. Die Erhöhung der Matrikularbeiträge würde eine Erhöhung der Einkommensteuer nach sich ziehen, welche aber nicht allein die reichen Leute, sondern 210 000 Zensiten treffen würde, welche nur ein Einkommen von 900—3000 M. hätten. Das ist wohl richtig. Aber bei der Erhöhung der Einkommensteuer würden die Besitzenden doch entsprechend herangezogen werden und die Besitzlosen mit einem Einkommen unter 900 Mark frei bleiben, während letztere nach den Miquelschen Steuerprojekte gerade den Löwenanteil der Steuer aufzubringen haben würden. Auch hätte die Erhöhung der Matrikularbeiträge den Vorteil, daß nicht eine ganze Industrie ruiniert und tausende von Arbeitern brotlos würden, während sich dagegen den Besitzenden die erhöhte Steuer ziemlich unangenehm fühlbar machen würde. Aber das will man ja eben nicht. Darum die Steuern auf Genußmittel, weil sie zum größten Teil das Volk treffen.

Ueber das Ergebnis der preußischen Einkommensteuerveranlagung für das Jahr 1893/94 veröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg." ausführliches Zahlenmaterial. Aus demselben ist mit absoluter Sicherheit der Schluß zu ziehen, daß sich die wirtschaftliche Lage der preußischen Bevölkerung im Veranlagungsjahre im allgemeinen nicht nur nicht gehoben, sondern im Gegenteil noch verschlechtert hat. Die Zahl der Zensiten ist gegen das Vorjahr um 43 920 gewachsen, was sich zum größten Teil wohl aus der schärferen Heranziehung seitens der Veranlagungskommissionen erklärt. Ein wesentliches Avancement von bisher nicht Deklarationspflichtigen zu Deklarationspflichtigen und eine dem entsprechende Hebung des Einkommens an der Deklarationsgrenze bedeuten diese Ziffern nicht, dagegen hat das Durchschnitts-Einkommen der Zensiten gegen das Vorjahr einen recht erheblichen Rückgang erfahren und zwar in den Städten von 2732 auf 2685, auf dem platten Lande von 1824 auf 1783 M. Diese Zahlen weisen auf eine sehr ungünstige Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse besonders in den Mittelklassen hin, die eben immer mehr verschwinden. Eine ebenso beredte Sprache redet die Ziffer der Steuerbefreiten, d. h. der Personen mit weniger als 900 Mark Einkommen. Bei einer Bevölkerung von 30 018 017 Köpfen beträgt ihre Zahl 21 070 481 gegen 20 945 227 im Vorjahre. Die Zahl der Steuerbefreiten hat sich also gegen das Vorjahr um rund 125 000 vermehrt, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß eine Anzahl von Personen im Veranlagungsjahre 1893/94 mit ihrem Einkommen unter die Steuergrenze heruntergesunken sind. Diese Ziffern müßten, wie man meinen sollte, sehr geeignet sein, unseren Reichstagsabgeordneten das Gewissen zu schärfen. Die ungeheure Mehrzahl der preußischen Bevölkerung — und außerhalb Preußens wird es nicht viel besser stehen — sieht sich auf ein Einkommen beschränkt, das nach dem heutigen Standard of life zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel ist. Und trotzdem muten die „verbündeten Regierungen" diesen, zum großen Teil an der Grenze des Pauperismus stehenden Schichten der Bevölkerung zu, in der Form indirekter Steuern neue gewaltige Lasten auf sich zu nehmen!

Unangenehmes ist dem Minister Miquel begegnet auf dem Bankett des Handelstages in Berlin. Auf demselben hielt der Präsident der Mainzer Handelskammer, Michel, im Auftrage des Tages einen Trinkspruch auf die Minister Miquel und Berlepsch und erledigte sich seines Auftrages, indem er diesen Herren nach nationalliberalen Manieren eine Menge Liebenswürdigkeiten an den Hals warf, dann aber die Steuerpolitik des Finanzministers einer scharfen Kritik unterzog. Augenscheinlich erregt ergriff darauf Herr Miquel das Wort: Ein preußischer Finanzminister sei doch wohl nicht dazu da, „mit Kot und Dreck" beworfen zu werden. Er habe auf einen freundlicheren Empfang gehofft und nicht erwartet, in einer Tischrede derartig angegriffen zu werden. Was wolle man denn eigentlich? Die Militärvorlage sei bewilligt, und das Geld müsse beschafft werden. Mache er nun dahingehende Vorschläge, so schreie alles, die seien unannehmbar; brauchbare Gegenvorschläge aber mache niemand. Bald darauf verließ der Minister den Saal. Ein Bericht des „Berl. Börsenk." betont, daß die Rede des Kommerzienrats Michel lediglich der Resolution des Handelstags entsprach und trotz ihrer sachlichen Schärfe keinerlei persönliche Spitze gegen den Finanzminister Miquel enthielt. In Beziehung auf diese Resolution sagte Miquel schon vor dem erwähnten Trinkspruch, er kenne zwar die Resolution noch nicht, sei aber überzeugt, daß sie negativer Natur sei. Umsomehr ist es zu verwundern, daß sich Miquel später durch den Trinkspruch so in die Wolle bringen ließ.

Dafür war Post-Stephan auf dem Bankett der Mann des Tages. In einem Trinkspruche teilte dieser die „freudige Beobachtung" mit, daß sich in seinem Ressort seit einem halben Jahr ein starker Aufschwung geltend mache: die Post, die das beste Barometer sei, habe bis zum November eine Mehreinnahme von 8 Millionen und einen Mehr-Ueberschuß von 4 Millionen Mark zu verzeichnen. Da hat ja Herr Miquel schon einen Teil der Summe, die er zum Molochfutter braucht.

Caprivibeleidigung. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat Anklage gegen den Freiherrn Karl v. Thüngen, Präsidenten des Fränkischen Bauernbundes, wegen Beleidigung des Grafen Caprivi, begangen in einem offenen, in dem Stöckerschen „Volk" erschienenen Briefe, erhoben. Die Neugierde des Stöckerblattes ist wohl damit befriedigt.

Eine Stephan-Beleidigung. Herr v. Stephan hatte sich durch einen Artikel der „Neumkircher Volkszeitung", worin das bekannte sozial-politische Wirken der Reichs-Postverwaltung während der Cholera-Epidemie in Hamburg kritisiert wurde, beleidigt gefühlt. Ferner sollte in der Kritik eine Beleidigung der Beamten der Oberpostdirektion in Hamburg enthalten sein. Der verantwortliche Redakteur der genannten Zeitung stand dieserhalb vor einiger Zeit vor der Strafkammer in Saarbrücken, wurde aber freigesprochen. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und wies die Sache zu abermaliger Verhandlung an die Strafkammer in Saarbrücken zurück. In der Sitzung vom 10 d. Mts. beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 300 M. bezw. dreißig Tagen Haft. Der Gerichtshof erkannte jedoch wiederum auf Freisprechung. In der Urteilsbegründung wurde betont, daß jeder, welcher ein öffentliches Amt bekleide, eine Kritik, wie der fragliche Artikel sie enthalte, sich gefallen lassen müsse. — Sehr richtig!

Reichstagsabgeordneter Fusangel veröffentlicht eine Erklärung, in welcher er sagt, daß er infolge der Hilsmannischen Beschuldigungen sich an die Staatsanwaltschaft in Bochum mit der Bitte um Aufklärung gewandt habe. Die Staatsanwaltschaft habe darauf geantwortet, daß ihr eine Strafanzeige gegen ihn und seine Frau wegen Unterschlagung und versuchter Erpressung zugegangen sei. Die eingeleitete Untersuchung habe aber zur Einstellung des Verfahrens geführt. Der Bescheid an den Anzeigenden sei von der Post als unbestellbar zurückgekommen, so daß ersterer also nicht zu ermitteln gewesen sei.

Zum Kapitel Beschwerderecht liefert das „Bayr. Vaterl." folgenden interessanten Beitrag:

Erst vor kurzer Zeit, als im Landtage von den Soldatenmißhandlungen die Rede war, erklärte Se. Exc. der Hr. Kriegsminister, daß er es für eine Feigheit halte, wenn sich ein Soldat über ein ihm von seinem Vorgesetzten zugefügtes Unrecht nicht beschwere. Daß es aber besser sei, lieber den Vorwurf der „Feigheit" auf sich sitzen zu lassen, als sich über einen Vorgesetzten zu beschweren, das hatte erst kürzlich ein Gendarm der Kompagnie von Niederbayern zur Genüge erfahren. Dieser Gendarm wurde gelegentlich einer Musterung von dem schneidigen Vorgesetzten ein „Saukerl" geheißen, und zwar angeblich deswegen, weil derselbe die „unerhörte Frechheit" begangen hatte, sich über die ungerechte Behandlung seitens seines Brigadebefehlshabers zu beschweren. Fraglicher Gendarm beschwerte sich jedoch nicht gleich über diese Beschimpfung, und zwar deswegen, weil er sich eben kurz zuvor über seinen Brigadebefehlshaber wegen ungerechter Behandlung beschwert hatte, und ihm dabei von seinem Kompagnie-Chef eröffnet wurde, daß es ihm nicht einfalle, dem Untergebenen mehr zu glauben als dem Vorgesetzten. Durch Zufall kam nun auch die Sache bezüglich der Beschimpfung des Gendarmen durch den vorgesetzten Leutnant zu Ohren des Hauptmannes, und forderte dieser den betr. Gendarmen zum Bericht über diese Sache auf. Der Gendarm berichtete den Vorfall, welcher sich in Gegenwart eines Zeugen abspielte, an das Kompagnie-Kommando. Ungefähr vier Wochen nach diesem Bericht wurde dem Gendarm eröffnet, daß er wegen Ungehorsams mit 8 Tagen Arrest bestraft, und der Leutnant in Untersuchung wegen Beschimpfung eines Untergebenen gezogen sei. Als nun der Gendarm seine Strafe erstanden hatte, wurde ihm neuerdings eröffnet, daß das Verfahren gegen den Leutnant eingestellt sei, und zwar deswegen, weil sich die Sache bereits verjährt (?!) hätte. Inwiefern sich der betr. Gendarm des „Ungehorsams" schuldig machte, konnte der Hauptmann selbst nicht angeben. (!) Eigentümlich, daß sich bei einem Leutnant die Sache so schnell „verjährt". Bei einem Untergebenen scheint es keine Verjährung zu geben! Uebrigens sollte man meinen, daß die HH. Offiziere auch dazu da sind, die Beschwerden ihrer Untergebenen gründlichst zu untersuchen.

Der Antisemit Böckel kündigt seinen Getreuen seinen eventuellen Rücktritt von der politischen Schaubühne an. In seinem „Reichsherold" läßt er sich von einem „katholischen Schriftsteller", Dr. Greiffenrath, bezeugen, daß er mehr ein „Erlöser und Prophet", denn ein politischer Agitator sei, oder wenigstens von den oberhessischen Bauern dafür angesehen werde, und knüpft daran folgende Bemerkung:

„Wir reproduzieren diese Stimme, der wir zahlreiche ähnliche aus gegnerischem Lager zur Seite stellen könnten, nur um der Nachwelt und den Intriguanten in der eigenen Partei gegenüber festzustellen, was Dr. Böckel geleistet hat und was er noch hätte leisten können (?). Wir halten dies um so notwendiger, als unser Chef vielleicht die längste Zeit dem öffentlichen Leben angehört hat, denn einen fortwährenden Kampf mit Intriguen, Gemeinheiten, Chikanen und Niederträchtigkeiten im eigenen Lager zu führen, widert einen gebildeten Mann an".

Zu dieser Abdankung Böckels bemerkt christlich-milde das antisemitische Organ des Herrn Stöcker, das „Volk": „Das wäre das Nützlichste, was Herr Böckel in seinem ganzen Leben für den Antisemitismus gethan." Nun, hoffentlich bleibt dem „Erlöser und Prophet" doch noch beschieden, seine Mission zu erfüllen. Ein so großer Geist wird sich doch nicht ins Bockshorn jagen lassen!!

Ein recht treffendes Urteil findet sich im letzten Hefte der „Grenzboten" über die Attentatspolitik. Es heißt da: „Ueber nichts muß man sich mehr wundern, als daß sich der Groll der Besitzlosen so selten in Attentaten Luft macht. In Deutschland liegt die Erklärung in der vortrefflichen Organisation und Disziplin der Sozialdemokratie, die nicht gestattet, daß mühsam errungene oder zu erringende soziale und politische Erfolge durch Thaten der Ungeduld, der Leidenschaft, des Wahnwitzes in Frage gestellt werden. Deshalb sind auch alle Berechnungen jener „Staatserhaltenden" eitel, die da hoffen, ein großes Attentat oder ein großer Putsch der Sozialdemokraten werde ihnen den Vorwand zu einem großen Gemetzel unter den Arbeitern und zu einem Staatsstreich darbieten. Was nach dieser Richtung hin möglich war, scheint unter Puttkamer versucht worden zu sein; aber die wunderbare Selbstbeherrschung und Vorsicht, die sich die Arbeiter unter dem Sozialistengesetze anerzogen haben, hat alle jene Versuche vereitelt". — Wir können diesem Urteile eines konservativen Blattes in jeder Zeile beipflichten.

Zur Beurteilung der fizilischen Frage liefert in einer Turiner Zeitung ein Mann neues Material, der seine Erfahrungen auszeichnend als Beamter in Sizilien gemacht hat, denn er spricht mit vollkommener Kenntnis von Verhältnissen, die den Außenstehenden nicht zugänglich sind. Er behandelt die Vermögenskonfiskationen wegen auch der geringsten Steuerschulden. Kann ein Bauer einen Steuerbetrag von wenigen Lire nicht begleichen, so kommt ein Steuereinnehmer und pfändet ihm sein ganzes Gütchen ab. Der Effekt dieser Art Sozialpolitik läßt sich dahin zusammenfassen, daß der Staat nicht nur nichts gewinnt, sondern, wie wir bald sehen werden, sogar verliert, da die Steuererträge sich verringern, die bebaute Fläche kleiner wird, die Zahl der Bettler sich vergrößert und das Mißverhältnis zwischen Groß- und Kleinbesitz noch weiter zu ungunsten der letzteren verschoben wird. Daß dies möglich ist, bewirkt die Spitzbüberei der Steuerer heber und der Mangel eines brauchbaren

---

sich verbreitete, ließ erraten, daß sie dem Laster des Trinkens verfallen war. (Fortsetzung folgt.)

Theater.

Halle, 14. Januar. („Die Nibelungen", Drama in drei Abteilungen von Fr. Hebbel. 1. Teil „Der gehörnte Siegfried", 2. Teil „Siegfrieds Tod".) Lange Jahre hat es bedurft, ehe Fr. Hebbel auf unserer Bühne Eingang gefunden, und entsinnen wir uns recht, so ist seit Bestehen des neuen Hauses überhaupt kein Werk dieses genialen von dem Mark unserer Erde genährten Dichtergeistes zur Aufführung gelangt. Als eine Pflicht der Pietät könnte man es gleichsam erkennen, gerade Hebbels größte Dichtung „Die Nibelungen", die ihm im Ganzen genommen von allen Dichtern vor und nach ihm am großartigsten gelungen, als hiesige Erstaufführung zu wählen. Waren es doch am 10. November v. J. 50 Jahre, daß dem Dichter für diese Schöpfung der Schillerpreis zuerkannt worden. Gewiß noch ein schöner Preis für den Maurerssohn aus Wesselburen in Holland, dem aber die Freude hieran nur kurze Zeit gegönnt war, denn in der Nacht zum 13. Dezember 1863 verschied er. — Gegen seine Nibelungen lassen sich freilich auch mannigfache Einwände erheben, die jedoch größtenteils in den gemeinsamen Wurzeln aller Nibelungensagen und -Dichtungen im Epos selbst, sowie der Fülle dramatischer Motive und der Gegenüberstellung des Mythischen und Menschlichen ihre Bedingung finden. Diese unauflösbare Zwiefältigkeit des Nibelungenstoffes, dieses Verbinden vom Mythischen und Menschlichen ist es, die das Drama beim Anschauen etwas ungenießbar macht. Die hinter der Szene ausgeführten überwältigenden Thaten der Helden, beispielsweise auch das Erscheinen der Zwerge mit dem Nibelungenschatz im Schlosse, erregen beim Zuschauen ein gewisses Kopfschütteln. Hebbel besaß eben trotz der charakteristischen Kraft der Sprache seiner Helden, ungeachtet des bewunderungswürdigen Ausdrucks der Töne des Menschlichen nicht die Gabe, unser ganzes Empfinden zu erregen und aufs Tiefste zu ergreifen, so auch nicht die Entzündung des Glaubens an die mythische Kraft und Ahnungen. Wie ganz anders tritt dieses in den Tondramen Richard Wagners hervor kraft des Zaubers, der Mächtigkeit der Musik in der Wirkung auf unsere Phantasie, wodurch die Erzählung vom Boden der Wirklichkeit entrissen wird. Und was hier das Element des Tones vermag, erringt selbst der genialste Dichter nicht. — Nun zur Aufführung selbst. Wenn Hebbel zur Darstellung seiner Menschen mehr fordert als ein durchschnittliches Maß, mehr als schablonenhafte Wiedergabe, sondern für seine Menschen auch Menschendarsteller, die dieses nicht etwa im Schein, vielmehr im Kern und Wesen sind, nun, so können wir bei der Beurteilung hierüber sagen, daß diese Bedingungen im wesentlichen erfüllt wurden. Herrn Rinaldi, der durch seine imposante Figur schon viel für sich zur Verkörperung des Urweltrecken gewann, fehlte als Siegfried, dem Nachgänger der Götter, nichts an der ungezwungenen Natürlichkeit und Frische, hier hatte er nichts mit hohem Pathos zu thun, das leider oft seine Schattenseite, wie er anderenfalls voller Treue und überschäumender Thatenlust war. Die Erzählung der Erbeutung des Nibelungenschatzes gehört mit zu den besten Leistungen. Wenn es gilt, warme Töne des Herzens anzuschlagen, oder verwandelt sich diese Lieblichkeit in wilde zur Raserei gesteigerte Ausbrüche der Verzweiflung, so ist es gewiß, daß Fräulein Wagner dieses Erwecken des Empfindens gut versteht. Ihrer Chrimhilde fehlte beides nicht, doch vermochte sie gegenüber der Brunhilde im 3. Akte das Heldenhafte dieses Weibes nicht zu erreichen. Die Brunhilde spielte Frau Rinaldi. Was das Innere dieses von ungebändigter Kraft und Trotz erfüllten Weibes bewegt und wie sich alles beim Erkennen der schmählichen Täuschung in düstere Rache und Vernichtung zusammenballt oder sich ihre Gedanken verlieren im unbewußten Aufgehen sehnsuchtsvollen träumerischen Schauens des Zukünftigen, fand sich in ihrer Brunhilde wieder. Voll heuchlerischer Tücke war der Hagen des Herrn Schreiner. Zu erwähnen seien noch der Gunther des Herrn Bach, der diesmal in der Mäßigung seiner Sprache sorglamer war, Frl. Orla als Ute, die Frigga von Frl. Lisse, der Giselher des Frl. Schneider und Herr Haller als Volker. Das Haus war vollauf besetzt, sonderlich von Schülern hiesiger Lehranstalten. O. B.

Halle, 15. Januar. („Der Widerspänstigen Zähmung.") Der Sonntag Abend brachte für unsere Bühne eine Opernnovität „Der Widerspänstigen Zähmung" von Hermann Goetz, die bei dem Publikum eine gute Aufnahme fand. Dieser Erfolg galt aber wohl weniger der Oper als der gelungenen Aufführung, namentlich den Hauptdarstellern Frau Caliga und Herrn Bachmann. Der Text ist nach dem gleichnamigen Shakespeareschen Jugend-Lustspiel von Viktor Widmann bearbeitet und ebenso gehaltlos und in Situationskomik sich bewegend wie das Lustspiel. Zwar ist der Operntext infolge der Kürze packender als das Shakespearesche Stück, aber es ist in denselben aller unnütze Ballast des Lustspiels übernommen. Statt der drei Freier des Lustspiels erscheinen in der Oper deren nur zwei, aber am Schlusse finden wir richtig die drei Ehepaare des Lustspiels. Es würde der Oper sicherlich nur zum Vorteil gereicht haben, wenn Hortensio, übrigens die reine Possenfigur, mit seiner Frau in Padua geblieben wäre, die Oper hätte vielleicht einen leidlich vernünftigen Abschluß erhalten. Das Ganze hätte diese Streichung allerdings nicht heben können, dazu ist die Handlung wie gesagt zu gehaltlos und unwahrscheinlich — so mag man sich in gewissen Kreisen „den Herrn der Schöpfung" vorstellen, der ein solches Weib wie die Katharine bändigt, wir halten mit Shakespeare so etwas nur im Traume möglich. — Die Musik schmiegte sich in allen Situationen der Handlung an und ist teilweise recht ausdrucksvoll und melodiös. — Die Partie der widerspänstigen Katharina lag in den Händen der Frau Caliga. Die Leistung der Dame verdient uneingeschränktes Lob. Die Partie stellt nicht nur hohe gesangliche, sondern namentlich auch hervorragende darstellerische Anforderungen. Nach beiden Seiten hin hat Frau Caliga sich selbst übertroffen. Ihre Katharina war sowohl in den ersten Akten das heftige, eigenwillige Weib wie in der zweiten Hälfte die allmähliche Wandlung bis zu dem entgegengesetzten Extrem drastisch zur Geltung kam. Eine schauspielerisch gewandtere Sängerin können wir uns nicht denken. Der Frau Caliga ebenbürtig zur Seite stand Herr Bachmann als Petruchio, dem mit seinem prächtigen Organ, das er völlig in seiner Gewalt hat, und seiner schauspielerisch großartigen Leistung wesentlich mit der Erfolg des Abends zu danken ist. Die übrigen Personen sind außer der Bianka nur noch komische Figuren. Dem Baptista des Herrn Gunther wäre eine etwas ehrwürdigere Haltung zu wünschen gewesen; aus der Partie des Lucentio ließ sich nicht mehr machen, als dies seitens des Herrn Wirk geschehen ist; den Hortensio sang und spielte Herr Kaula in der ihm eigenen Weise. Besonders erwähnt sein mag Frl. Nordeck als Bianka. Die junge Sängerin bildet sich erfreulicherweise fortgesetzt heraus, das hat uns die Undine und die Micaela gezeigt. Auch als Bianka hat die Sängerin nur Gutes geleistet und allseitig gefallen. Hoffen wir, daß Frl. Nordeck in der zweiten Hälfte dieses Spielzeitschnitts öfter zu singen Gelegenheit hat als dies in der letzten Zeit der Fall war. — Der Gesamteindruck, den die Aufführung der „Widerspenstigen" hinterließ, war ein guter. -e.

Heiteres.

Raffiniert. Diener (der in der Westentasche seines Herrn ein Zehnmarkstück findet): „Hm, schade um die schöne neue Weste jetzt muß ich gleich ein Loch in die Tasche hineinschneiden!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189401 16-11/fragment/page=0002

Kalasters. Unser Gewährsmann erzählt uns darüber folgendes: Die Steuererheber dürfen bei der öffentlichen Versteigerung die wegen Steuerschulden verpfändeten Güter nicht erwerben, doch sie versehen es wohl, sich trotzdem in deren Besitz zu setzen. Das ist viel profitabler für sie, als wenn sie rechtmäßige Eigentümer jener Güter würden, denn im letzteren Falle müßten sie die auf dem Gut lastenden Steuern bezahlen, während diese vom Staate getragen werden, so lange das Gut nicht verkauft ist. Der Steuererheber sorgt also schon dafür, daß sie nicht verkauft werden und sät und erntet auf fremdem Gut, ohne darauf andere Unkosten zu haben, als das Trinkgeld, mit dem er sich das Schweigen der Pächter erkauft. Unser Gewährsmann erzählt uns von einem Steuererheber in der Provinz Catania, der sich des Ertrages von 65 konfiszierten Gütern erfreute und von einem anderen, der 198 solcher Besitzungen sich angeeignet hatte. Als die Finanzintendanz der Sache näher trat, wurde der von ihr entsandte Ingenieur von den an der Dieberei interessierten Personen offen bedroht, so daß er es für geraten hielt, sich schnell abberufen zu lassen. Ein anderer Ingenieur war mit diesen Dingen vertrauter; er entdeckte bald, daß die 198 Besitzungen von dem Steuererheber und diesen Hehlern in deren Güter inkorporiert waren. Leider erfahren wir nicht, daß die Diebe ins Zuchthaus geschickt worden sind. Dann müssen gestehen, daß wir dies ohne ausdrückliche Versicherung nicht für wahrscheinlich halten. Noch über andere Kunststücke der Steuererheber werden wir unterrichtet. So z. B. lieben es die letzteren, den armen Analphabeten (84 Proz. der Bevölkerung können weder lesen noch schreiben!) Quittungen über geringere Beträge zurückzulassen, als von den Pflichtigen wirklich bezahlt worden sind, um sich nach einiger Zeit den angeblichen Rest nochmals auszubitten unter der Drohung der Pfändung, und da sie sich mit zwei Zeugen versehen, die alles zu beschwören bereit sind, so bleibt den armen Bauern nichts übrig, als nochmals zu zahlen oder sich ins Unvermeidliche zu fügen. Wer möchte danach unserem Gewährsmann widersprechen, wenn er behauptet, daß nirgends der Steuerzahler in infamerer Weise geraubt wird, als in Sizilien! Und ist es unter solchen Verhältnissen — bemerkt hierzu die „Frankf. Ztg." nach welcher wir zitieren — wirklich nötig, nach fremden Einflüssen zu suchen, um die tiefgehende Bewegung in Sizilien zu erklären? Das ist gewiß, daß Italiens Einheit und Unabhängigkeit von niemandem mehr bedroht ist, als von der Gewissenlosigkeit und der Unmenschlichkeit seiner leitenden Klassen. Das haben wir schon immer behauptet.

Ueber den offiziellen **achtstündigen Arbeitstag** in England wird aus London berichtet: Dem Vernehmen nach beabsichtigt das Ministerium den achtstündigen Arbeitstag nach dem Vorgang des Kriegsministeriums und der Admiralität für Handarbeiter aller Departements einzuführen. Die Thronrede der Königin bei der nächsten Eröffnung des Parlaments wird wahrscheinlich diese Ankündigung enthalten. Das Ministerium will sogar noch weiter gehen. Bei allen Submissionen soll derjenigen Firma der Vorzug gegeben werden, welche ihren Arbeitern den achtstündigen Arbeitstag gewährt hat.

Deutscher Reichstag.

26. Sitzung vom 13. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. v. Bötticher, Graf Posadowsky, Dr. Miquel, Dr. Frhr. v. Riedel, Graf Hohenthal.

Zunächst wird das Handelsprovisorium mit Spanien in dritter Lesung ohne wesentliche Debatte endgültig angenommen.

Sodann wird die erste Lesung der Tabaksteuervorlage fortgesetzt.

Abg. Dr. Clemm-Ludwigshafen (natl.): Auf eine Einführung der Reichseinkommensteuer ist in absehbarer Zeit keine Aussicht, man sollte also aufhören, sie hier in die Debatte zu ziehen. Wir müssen hier mit den indirekten Steuern rechnen. Solche werden uns auch vorgeschlagen. Als Vertreter eines der hauptsächlich Tabak produzierenden Wahlkreise gebe ich zunächst meiner Genugthuung darüber Ausdruck, daß die Inlandsteuer ganz in Fortfall kommt. Die Wohlthat wird aber zum großen Teil wieder illusorisch gemacht durch die Herabsetzung des Zolles auf ausländischen Tabak. Die Zollherabsetzung wird die Einfuhr begünstigen, die vermehrte Einfuhr den Preis des inländischen Tabaks drücken. Ungünstig auf den Tabakbau wird auch die unverhältnismäßig hohe Besteuerung des Rauchtabaks zurückwirken. Werden aber diese beiden Punkte abgeändert, so ist das Gesetz als für den Tabakbau vorteilhaft zu bezeichnen. Nur hätte man in den Bestimmungen über den Tabakbau den Landespolizeibehörden weniger Spielraum lassen müssen. Die Agitation, die von den Zigarrenfabrikanten gegen das Gesetz eingeleitet worden ist, hat indessen einen Umfang angenommen, daß ich sie geradezu als verantwortlich bezeichnen muß. Es gehen bei dieser Agitation Arbeiter und Unternehmer Hand in Hand, während wir doch noch vor kurzem die Fabrikanten über die maßlosen Ansprüche der Tabakarbeiter klagen hörten. Ich glaube, nicht nur der Tabakbau, sondern auch die Zigarrenindustrie wird mit dem Gesetz zufrieden sein können. Ich empfehle Ihnen, das Gesetz an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Schneider (freis. Volksp., auf der Tribüne schwer verständlich): Der neuen Steuer kann man nur eins mit Recht nachrühmen, nämlich daß sie die Nachteile einer Wertsteuer und einer Fabrikatsteuer in sich vereinigt. (Sehr richtig! links.) Außerdem trifft sie aber vornehmlich die ärmeren Bevölkerungsklassen. Demgegenüber muß man doch mit einem nicht unerheblichen Rückgang des Konsums rechnen. Die Vorlage rechnet mit einem Sechstel, der Reichsschatzsekretär in seiner einleitenden Rede nur mit einem Zwölftel. Das erstere dürfte der Wahrheit jedenfalls näher kommen. Geht aber der Konsum um ein Sechstel zurück, so bedeutet das, daß etwa 26 000 Arbeiter entlassen werden müssen. Die Zahl dürfte eher noch größer sein. Aber nicht allein die Arbeiter werden geschädigt, sondern auch die Zigarren- und Tabakfabrikanten und die Nebengewerbe; ebenso die kaufmännischen Angestellten der Firmen, vor allem die Reisenden, auf die man doch auch einige Rücksicht nehmen sollte. Vor allem werden aber die mittleren und kleineren Geschäftsleute getroffen. Die Kreditbegünstigungen werden bei der Steuer nur die großen Firmen in Anspruch nehmen können. Alles ist darauf zugeschnitten, daß wieder eine ganze Anzahl Existenzen vernichtet werden. Die Vorlage ist aber auch nicht vom Kulturstandpunkte aus als ein Fortschritt, sondern geradezu als ein Rückschritt zu bezeichnen. Sie bedeutet nichts mehr und nichts weniger als eine Prämie auf niedrige Löhne. Von vielen Seiten werden auch direkt die Vermutungen geäußert, daß die Vorlage nur eine Vorstufe zum Monopol bedeute. Weder Fabrikanten, noch Händler, noch Pflanzer werden mit der Vorlage zufrieden sein. Um so unbegreiflicher scheint es mir, daß sie mit solcher Halsstarrigkeit verteidigt wird. Wir unsererseits werden gegen das Gesetz stimmen, das nur eine Vorbereitung für das Tabaksmonopol ist und zur Ausbeutung der Sozialdemokratie beizutragen geeignet ist (Beifalls links).

Bayerischer Finanzminister Dr. Frhr. v. Riedel: Es wurde gestern hier der finanzielle Ertrag der Steuer in Frage gezogen. Um diesen ist mir aber garnicht bange. Es giebt eben zu viele Leute, die immer gerade das thun, was sie besser nicht thäten. (Heiterkeit.) Das Bedürfnis zu rauchen wird den befürchteten Konsumrückgang verhindern. Die bayerische Regierung steht daher unbedingt auf dem Boden des Gesetzes, den ich persönlich schon seit 15 Jahren verochten habe. Die große Zahl der Petenten gegen dasselbe kann mich darin nicht beirren, wie viel von ihnen mögen wohl den Entwurf gesehen haben? Liest man die Petitionen und hält man die darin gegen die Vorlage gemachten Vorwürfe für berechtigt, dann thäte man besser, man machte aus den übrig gebliebenen Exemplare derselben Fidibusse. (Heiterkeit.) Freilich würde man damit für alle Zeiten auf eine stärkere Heranziehung des Tabaks verzichten. Das aber können die verbündeten Regierungen nicht. Durch direkte Steuern kann man bei uns keine 50 bis 60 Millionen mehr aufbringen. Das würde einen Raubbau an dem nationalen Vermögen bedeuten. (Heiterkeit.) Man hat uns ja auch immer auf Luxussteuern verwiesen und ist denn das Rauchen nicht ein allerdings weitverbreiteter Luxus? Andere Wege hat man uns nicht gewiesen. Indem wir zum Tabak griffen, haben wir uns bemüht, den Entwurf so zu gestalten, daß Industrie und Handel davon keinen Nachteil haben werden. Im Gegenteil, es wird damit Beruhigung geschaffen. Man braucht nicht mehr vor dem Monopol besorgt zu sein; es hätte keinen Sinn zu diesem zu schreiten, wenn die Fabrikatsteuer genügende Erträge liefert. Selbst die Kontrollen können nicht als lästig bezeichnet werden. Wir fordern dabei nichts, was nicht so wie so zu einem redlichen und ordnungsmäßigen Geschäftsbetriebe gehörte. Die Kontrolle liegt ebenso sehr im Interesse der Fabrikanten, wie in dem des Staates. Die Fabrikatsteuer ist aber auch darum die günstigste Besteuerungsform, weil sie der Fabrikation möglichsten Spielraum läßt. Lehnen Sie aber den Entwurf ab, wer wird dann die Kosten tragen? Es handelt sich ja nicht um 7 bis 9 Millionen, sondern um mindestens 40 Millionen mehr. Das Reich könnte nur zu einer Erhöhung der Matrikularbeiträge schreiten. Zu welchen Konsequenzen das in den Einzelstaaten führen müßte, das überlasse ich Ihrem eigenen Ermessen. Ich bitte Sie daher, prüfen Sie den Entwurf vorurteilsvoll (Heiterkeit links) — vorurteilsfrei und genau.

Abg. Freiherr v. Hammerstein (kons.): Die sozialpolitischen Wirkungen die das Gesetz nach meinen Befürchtungen haben kann, mögen in Bayern nicht so schwer sein wie in Norddeutschland. Bei uns sind aber entschieden Arbeiterentlassungen zu befürchten. Wir müssen daher ernstlich erwägen, wie wir die Deckung auf anderem Wege suchen können. Auf demselben Gebiete, auf dem der direkten Steuern, das gehe ich zu, ist das heute nicht möglich. Wir müssen bei den indirekten Steuern bleiben. Vor allem halte ich die Biersteuer dazu für geeignet. Es hat sich gegen die Vorlage einer solchen im vorigen Jahre freilich ein erheblicher, aber doch kein allgemeiner Widerspruch erhoben; dieser richtete sich auch, wenigstens von unserer Seite, weniger gegen die Steuer an sich, sondern gegen die vorgeschlagene Form. (Sehr richtig! rechts.) Eine Erhöhung der Biersteuer würde keineswegs so schwere sozialpolitische Folgen haben wie die Tabaksteuer. Ist auch der Konsumrückgang statistisch nicht genau nachzuweisen, so kann es doch auch nicht rechtlich bezweifelt werden. Durch den Konsumrückgang aber werden Arbeiterentlassungen bedingt. Es werden auch nicht etwa die jungen, sondern gerade die älteren, weniger leistungsfähigen Arbeiter entlassen werden. Viele dieser Arbeiter sind aber, so in Westfalen, fest angesessen und können nicht ohne weiteres von der Scholle los, um einen anderen Erwerb zu suchen. Die unausbleibliche Folge der Vorlage aber würde sein, daß Norddeutschland in der Fabrikation der billigen Zigarren nicht mehr mit dem Süden konkurrieren kann. Auch von diesem Standpunkte aus haben wir als Preußen allen Grund, uns für die Vorlage zu begeistern. Im Vordergrunde steht eben in dieser Frage die Industrie und nicht der Tabakbau. Dieser produziert nur jährlich Werte von 15 Millionen, während bei der Industrie die gezahlten Löhne eine Höhe von 160 Millionen erreichen. Eine solche Industrie können wir nicht opfern. (Beifall.)

Abg. Dr. Böckel (antis. Reformpartei): Wir halten die vorgeschlagenen Steuern im Prinzip für falsch, schädlich und überflüssig und werden uns auch gegen alle sogenannten Verbesserungsvorschläge ablehnend verhalten. Die Steuer vernichtet den Kleinbetrieb und führt zu zahlreichen Arbeiterentlassungen. Wir können das bei der zunehmenden Arbeitslosigkeit nicht verantworten. Es ist unbegreiflich, wie die Regierung in dem Augenblick Steuern verlangt, in dem die Handelsverträge abschließt. Mit der einen Hand nimmt sie Geld, mit der anderen Hand giebt sie es weg. Ist das logisch? Dann meinen wir auch, daß die Tabaksteuer zur Deckung der Kosten für die Militärvorlage nicht notwendig ist. Wir haben für die Militärvorlage den Ausschlag gegeben. Das ist eine historische Thatsache. (Lachen links.) Wir könnten ganz gut aus der Börse und aus der Lotterie noch weit erhebliche Beträge ziehen. Dann verlangen wir vor allem eine Wehrsteuer. Besteuern wir ferner doch die Zeitscheine und den Totalisator. Die adeligen Herren, die die Wettrennen machen, können auch ganz gut die Totalisatorsteuer zahlen. In Frankreich und der Schweiz giebt es eine Wehrsteuer, die durchaus erträglich ist. Daß sich der Staatssekretär über die Schuster entrüstet hat, die die Petitionen unterschrieben haben, muß mich wundern. Ist die Schuhmacherei denn kein ehrliches Gewerbe? Ein guter Schuhmacher ist für die Gesamtheit nützlicher, als ein schlechter Minister. (Heiterkeit.) Wir haben die Militärvorlage auf Grund unseres Programms angenommen und nicht um der schönen Augen des Reichskanzlers willen. Der ganze Vorgang zeigt, daß das Ehrenwort eines preußischen Generals nicht mehr Geltung hat. (Präsident v. Levetzow ruft den Redner wegen dieser Worte zur Ordnung). Wir haben dem Reichskanzler einmal getraut, aber nie mehr wieder. Wenn er noch tausend Militärvorlagen einbringt, er bekommt keine mehr durch. (Heiterkeit.) Die Vorlage, die hier vorgeschlagen wird, ist schädlich. Begraben wir sie so schnell als möglich. (Beifall.)

Reichsschatzsekretär Graf v. Posadowsky: Meine Behauptungen über die Arbeiterentlassungen halte ich aufrecht. Wie kann man in der That meinen, daß bei 106 000 oder selbst bei 160 000 Arbeitern, die überhaupt beschäftigt werden, 50 000 mit einem Male brotlos werden sollen? Redner wiederholt sodann die bereits früher von ihm gemachten Ausführungen über den voraussichtlichen zukünftigen Konsum; alle gegenteiligen Ausführungen, welche einen Rückgang des Konsums prophezeiten, beruhten auf falscher Verwendung statistischer Zahlen. Eine Reichseinkommensteuer sei, wie schon früher ausgeführt, nicht durchführbar, ebenso können nach dem jetzigen Umfange der Börsengeschäfte größere Beträge in erheblichem Umfange nicht herausschlagen werden. Die Steuervorlagen sind nicht aus der Initiative der preußischen Regierung hervorgegangen, sondern ein Ergebnis der Frankfurter Ministerkonferenz. Ich habe mich bei den Einzelstaaten erkundigt, welche Wirkung es auf die direkten Steuern hätte, wenn der Mehrbedarf des Reiches durch Matrikularbeiträge aufgebracht werden solle. Dadurch würde sich in einzelnen Staaten der Betrag um 75 Proz. erhöhen, in Preußen auf 131 Proz. steigen. Der gangbarste Weg ist der von uns vorgeschlagene.

Abg. Rösicke (wildlib.): Die Tabaksteuer trifft, wie alle indirekten Steuern, am härtesten die ärmeren Klassen. Es steht den Wohlhabenderen nicht wohl an, den ärmeren Klassen diesen Luxusartikel zu besteuern, wenn man sich selbst jeden Luxus gestatten kann. Die Rechnung des Schatzsekretärs, daß die arbeitenden Klassen unter anderem entlastet seien durch die Beiträge, die die Arbeitgeber infolge der sozialpolitischen Gesetzgebung leisten, war sehr sonderbar. Der Schöpfer der sozialen Gesetzgebung, Kaiser Wilhelm I., würde dem Schatzsekretär wenig dankbar für diese Aeußerungen sein. Freiherr von Hammerstein möge doch auch nichts von dem Versprechen des Reichskanzlers bezüglich der Brausteuer abnehmen! Ich würde es für kein großes Unglück halten, wenn wir nicht schon in diesem Jahre die volle Deckung für die Militärvorlage verschafften. Der Schatzsekretär erklärte, daß die Regierung sich nicht beirren lassen werde. Auch der Reichstag wird sich nicht beirren lassen. Möge übrigens die Deckungsfrage gelöst werden, wie sie wolle, schließlich wird man doch zur Frage der Reichseinkommensteuer zurückkehren müssen.

Die Beratung wird nunmehr auf Montag 1 Uhr vertagt. Außerdem stehen Rechnungssachen auf der Tagesordnung. Schluß 5¾ Uhr.

Zur Arbeiterbewegung.

— In Leipzig ist wegen Lohnstreits ein Ausstand der Bildhauer, Tischler und Tapezierer in der Möbelfabrik von Heinrich Bauer ausgebrochen.

— Unter den am Petersstichen-Neubau in Frankfurt a. M. beschäftigten Bildhauern ist es infolge von Lohnstreitigkeiten zu einem Ausstande gekommen. Die Ausständigen fordern achtstündige Arbeitszeit, 6 M. Mindestlohn und Wiedereinstellung aller zuletzt thätig gewesenen Arbeiter. Der Unternehmer der Bildhauerarbeiten, Herr A. Schener, hat sich mit der bauleitenden Firma Löffler ins Einvernehmen gesetzt und sich dann bereit erklärt, vorläufig und bedingungsweise die Forderungen zu bewilligen.

— Der Ausstand der Schuhmacher in der Schuhfabrik von Fürstenheim u. Ko. in Berlin ist, da sämtliche Forderungen der Arbeiter bewilligt worden sind, beendigt; dagegen dauert der Ausstand in den Fabriken Simonsohn u. Stern, Mauff, King und Buchholz unverändert fort.

— Die Mitglieder des Verbandes der Zwicker und Berufsgenossen von Berlin und Umgegend beabsichtigen, nach Beendigung des Schuhmacherausstandes den Verband aufzulösen und sämtlich der Organisation der Berliner Filzschuharbeiter beizutreten. Von den 600 Filzschuharbeitern Berlins gehören bereits 500 dieser Organisation an.

Lokales und Provinzielles.

Halle a S., 15. Januar.

Eine Haussuchung wurde heute seitens zweier Kriminalbeamten in der Expedition des „Volksblatt" vorgenommen. Beschlagnahmt wurden einige Exemplare der Nr. 80 des Volksblatt vom 6. April v. J., welche in einer an eine Berichtigung des Kriegervereins Zwintschöna geknüpften Kritik nach Ansicht des Gerichts eine Beleidigung der Mitglieder genannten Vereins enthält, und deren Vernichtung gerichtlicherseits verfügt wurde.

Vor dem Schwurgericht kommen am nächsten Dienstag zwei verschiedene Strafsachen zur Verhandlung. Die erstere Anklage wegen vorsätzlicher Mißhandlung, versuchten Raubes und Erpressung richtet sich gegen den Arbeiter Friedrich Karl Mehlig aus Giebichenstein, während im andern Falle sich der Hausdiener Wilhelm Hermann Baumfeld aus Rotzsch wegen gewaltsamer Vornahme unzüchtiger Handlungen mit einer Person unter vierzehn Jahren und wegen Notzucht zu verantworten haben wird.

Zur Prämienberechnung der zur Selbstversicherung herangezogenen Baugewerbetreibenden ohne regelmäßige Lohnarbeiter bringt der Magistrat zur öffentlichen Kenntnis, daß der Auszug der Heberolle für das 3. und 4. Quartal 1893 behufs Einsichtnahme während zweier Wochen vom 14. d. M. ab im Sekretariat für Kranken-, Invaliditäts und Altersversicherung, Rathaus, Zimmer Nr. 20, ausliegt.

Einen Beinbruch erlitt gestern früh gegen 9 Uhr auf dem Trottoir vor dem in der Rannische Straße belegenen Hause des Bäckermeisters G. ein Mann, der daselbst infolge eines Fehltritts zu Boden fiel. Der Betroffene wurde zunächst in das obenbezeichnete Haus geschafft, wo ihm ein Notverband angelegt, und von wo aus alsdann seine Beförderung in seine Wohnung bewirkt wurde.

Sterbefälle in Halle vom 7. bis 13. Januar. Es starben an: Altersschwäche 2, Nervenfieber und Lungenentzündung 1, Sepsis 1, Lungenentzündung 7, Gebärmutterkrebs 1, Influenza 1, Lungenlähmung 1, Gehirnentzündung 1, Herzlähmung 2, Hirntuberkulose 3, Nierenentzündung 3, Diphtherie 13, Schwäche 5, Darmbruch 1, Magenkrebs 1, Rückenmarkbelabszeß 1, Magen-Darmkatarrh 1, Gesichtserezem 1, Krämpfen 4, Bronchialkatarrh 1, Lungentuberkulose 3, Keuchhusten 3, Lungenschlag 1, Lungenödem 3, Folgen schwerer Verletzung 1, Herzklappenentzündung 1, Bauchfellgeschwulst 1, Abzehrung 2, Emphysem, Herzfehler und Bauchwassersucht 1, Lungenkatarrh 1, in Summa also 67 Personen. — Darunter befinden sich 10 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

Zörbig. Es giebt bekanntlich keinen Notstand. Die hiesige Wanderer-Arbeitsstätte und Verpflegungsstation, welche vom Kreise Bitterfeld unterhalten wird, wurde in den letzten Jahren folgendermaßen besucht:

Im Jahre	1890	von 1778 Wanderern.	Kostenbetrag	1200.82 M.
„ „	1891	2523 „	„	1823.34 „
„ „	1892	3784 „	„	2941.61 „
„ „	1893	4188 „	„	2578.36 „

Für das Jahr 1893 ist der Kostenbetrag deshalb geringer, weil an Verpflegungskosten pro Kopf und Tag 5 Pfennig weniger gezahlt wurden. Ob auch an den in den Gesamtsummen enthaltenen Verwaltungs- und Aufsichtskosten Abzüge gemacht worden sind, ist nicht bekannt geworden; sehr wahrscheinlich ist es nicht der Fall. Der Besuch der Arbeitsstätte in den einzelnen Monaten des verflossenen Jahres war folgender: Januar 604, Februar 496, März 485, April 281, Mai 252, Juni 213, Juli 200, August 278, September 290, Oktober 310, November 330, Dezember 451 Mann. Man ersieht hieraus deutlich, wie mit der im allgemeinen besser werdenden Arbeitsgelegenheit auch die Zahl derjenigen abnimmt, welche der öffentlichen „Wohlthätigkeit" in die Hände fallen. Die Zahlen würden aber noch bedeutend größer sein, wenn diejenigen Arbeitslosen mitgerechnet würden, die noch in der Lage sind, aus elterlichen Zuschüssen oder aus Mitteln, die während früherer Beschäftigung erspart wurden, ihr Nachtlager u. s. w. selbst zu bezahlen. Der Umstand, daß von den Wanderern ein großer Teil der Kommunal Arbeit verrichtet, ist auch wohl als Ursache anzusehen, daß sich sämtliche Kommunal-Arbeiter im vergangenen Sommer einen Lohnabzug von 25 Pf. pro Tag gefallen lassen mußten, was später nochmal wiederholt wurde, so daß jetzt der Lohn 1 M. pro Tag beträgt. Man kann dabei in Zweifel gerathen, wer am meisten zu bedauern ist, die Proletarier der Landstraße, oder die ansässige Arbeiter-Bevölkerung. Das Anwachsen der Besucher jener öffentlichen Anstalten aber läßt unsere Zustände in einem Lichte erscheinen, welches denjenigen, welche für denselben verantwortlich sind, manche Lehre erteilen könnte, wenn jene Leute nicht in ihrer großen Mehrzahl dem Grundsatz huldigten: Nach uns die Sintflut.

Weißenfels. Der Bau einer neuen eisernen Brücke an Stelle der alten Holzbrücke soll in nächster Zeit vor sich gehen. Bereits Mitte Februar soll mit dem Bau einer Notbrücke über die Saale rechts von der alten Brücke, neben dem Grundstück des Herrn Juweliers Hoffmann, bis zur Eisenbahn-Ueberführung auf dem andern Ufer vorgegangen werden. Wenn diese fertig ist, soll der Bau der neuen Brücke in Eisenkonstruktion beginnen. Leider gestatten die Terrainverhältnisse es nicht, die Brücke so zu legen, daß die Hemmnisse, welche der Eisenbahnverkehr mit sich bringt, beseitigt werden, und die Passage über die Schienenstränge bleibt beim alten.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 13. Januar. (Schwurgericht.) In der heutigen Sitzung bildete wiederum das schwere Verbrechen der Brandstiftung den Gegenstand der Anklage und zwar wider den Dachdeckermeister Christian Brandt aus Arnstedt bei Hettstedt, geb. zu Sylda, 56 Jahre alt. Angeklagter ist Vater von 8 Kindern und einmal wegen Diebstahls mit 6 Wochen und wegen Felddiebstahls mit 30 M. Geldstrafe vorbestraft. Es wurde ihm Brandstiftung nach § 308 des St.-G.-B. zur Last gelegt, weil er in der Nacht vom 26. zum 27. September v. J. Vorräte landwirtschaftlicher Erzeugnisse, nämlich einen Strohdiemen und einen Weizendiemen auf der Arnstedter Flur vorsätzlich in Brand gesetzt haben soll. Der Strafthat lag folgendes zu grunde. Angeklagter war zirka 20 Jahre bis 1892 beim Rittergutspächter und Amtmann Lüttich in Arnstedt beschäftigt gewesen. In der letzten Zeit seiner Beschäftigung soll Angeklagter schlechte Arbeit geliefert haben, worauf selbige ihm von Lüttich entzogen wurde. Bei dieser Gelegenheit hat der Angeklagte Spektakel gemacht und kurz nachher bei Lüttich einen Kleediebstahl ausgeführt, wofür er auf Lüttichs Anzeige, wie erwähnt, mit 30 M. Geldstrafe belegt worden ist. Späterhin ist der Angeklagte auf Lüttichs Anzeige nochmals bestraft worden. In der Nacht, als das Feuer ausbrach, wurde nun der Angeklagte, von dem auf Veranlassung Lüttichs — dem die Diemen gehörten — nach der Brandstätte zueilenden Knechte Karl Henschen in der Nähe des Diemens in einem Graben liegend gesehen, worauf Angeklagter dem Knecht zurief: „Nicht wahr, Karl, der Diemen brennt doch schön". Als der Knecht und andere mit Spritzen u. dgl. nach dem in hellen Flammen stehenden Diemen kamen, war aber nichts mehr zu retten; die Anwesenden richteten ihr Hauptangenmerk deshalb darauf, den zunächststehenden Diemen vor Uebertragung des Feuers zu schützen. In nicht allzu weiter Entfernung hiervon stand aber noch ein dritter Diemen, welcher, während dem Lüttich, sein Verwalter und seine Knechte bei den ersten beiden Diemen beschäftigt waren, plötzlich zu brennen be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218940116-11/fragment/page=0003

gam. Sofort eilten einige Personen nach der neuen Brandstelle und da bemerkte der Arbeiter Koch, daß jemand von derselben fortlief. Die betreffende Person suchte sich in Sicherheit zu bringen, wurde aber eingeholt, an das „Licht" gezerrt, und als der jetzige Angeklagte Brandt erkannt. Auf den Ruf: „Christian, das ist Du ja", antwortete Angeklagter, er habe wollen nach seinen Hamsterfallen sehen, und als man ihn zweifelnd fragte: „Jetzt zur Nachtzeit?" sagte er: „Ja, die Woche muß ihren Fortgang haben". An dem brennenden Diemen wurde ihm auf den Kopf zugesagt, daß er der Brandstifter sei, worauf er Bewegungen machte, als wollte er in das Feuer hineinspringen und löschen. Noch in jener Nacht wurde der Angeklagte zu dem Ortsschultzen gebracht und dabei wahrgenommen, daß sein Rock mit Weizenspreu, sog. Hacheln, bedeckt war. Außerdem bemerkte man an dem Rocke ein Brandmal und wurden in seinen Taschen Holzhülsen mit Pulver angefüllt und Streichhölzer vorgefunden. Insbesondere sprach auch noch für die Schuld des Angeklagten, daß die nach den beiden abgebrannten Diemen und nach dem Graben, wo der Angeklagte gelegen hatte, hinführende Fußspur genau mit den Schuhen übereinstimmte, welche Angeklagter an jenem Abend getragen hatte. Gegenüber dem ihn so belastenden Thatbestand machte der Angeklagte die widersprechendsten Angaben, wodurch er seine Schuldlosigkeit nachzuweisen versuchte. Er meinte, er habe das Feuer von zu Hause bemerkt und sei hingelaufen, um zuzusehen. Der durch den Brand entstandene Schaden ist groß, denn der Weizendiemen repräsentierte einen Wert von 1600 M. und der Strohdiemen einen solchen von 5000 M.; als Entschädigung hat Amtmann Lüttich 12 666 M. von der Versicherungsgesellschaft erhalten. Die Beweisaufnahme, aus welcher zu entnehmen war, daß der Angeklagte die That aus Rache gegen den Amtmann Lüttich ausgeführt, fiel sehr ungünstig für den Angeklagten aus. Die Ermahnung des Vorsitzenden, doch ein offenes Geständnis abzulegen, erwiderte Angeklagter mit den Worten, er sei unschuldig. Auch die Verteidigung versuchte, den Angeklagten außerhalb des Gerichtssaales zu einem Geständnis zu bewegen; jedoch vergeblich. Nach dem Spruche der Geschworenen wurde er unter Verneinung mildernder Umstände für schuldig befunden. Hierauf beantragte die Staatsanwaltschaft mit Rücksicht auf das hartnäckige Leugnen des Angeklagten eine Zuchthausstrafe von 7 Jahren nebst 5 Jahren Ehrverlust. Der Gerichtshof schilderte das Benehmen des Angeklagten als verstockt und ruchlos und erkannte auf eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren nebst 10 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Nah und Fern.

* **Ein aufgeknüpfter Fürst.** Aus Tiflis wird gemeldet, daß der kaukasische „Fürst" Nikodze auf dem Marktplatze der genannten Stadt aufgeknüpft worden ist auf Grund eines Urteils des Kriegsgerichtes, das unter dem Vorsitze des Generals Sterbowitsch zusammengetreten war. Die Verurteilung wurde durch folgende Thatsachen veranlaßt. Fürst Nikodze war sinnlos betrunken und fing in der Wartehalle des Bahnhofsgebäudes mit dem diensthabenden Gendarm Händel an. Trotz der durchaus korrekten Haltung des Polizisten zog der Fürst ein Dolchmesser aus der Tasche und versetzte dem Gendarmen so viel Stiche, daß er nach wenigen Sekunden tot zusammenbrach. Bis zum letzten Augenblicke glaubte man, daß der Zar den Mörder begnadigen werde; das Begnadigungsgesuch wurde abschlägig beschieden.

* **Schließt die Wirtshäuser pünktlich!** Wanne i. Westf., 9. Januar. Mehrere Frauen von Bickern und Wanne veröffentlichen in der „Emscher Ztg." folgendes Eingesandt: „Es ist schon lange unser sehnlichster Wunsch gewesen, daß jeden Abend die Wirtshäuser pünktlich geschlossen werden, um unsere Ruhe haben zu können; aber es bleibt hier immer noch beim Alten, obgleich seit Jahresfrist die Beamtenschaft vermehrt worden ist. Wir verlangen aber, daß Ruhe und Ordnung herrscht, und bitten daher die Beamten, strengstens gegen jeden Unfug und gegen jede Uebertretung einzuschreiten, anderenfalls wir uns höheren Orts beschweren müssen." Das läßt ja tief blicken!

Litteratur.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 15. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte heben wir hervor: Die Helden des Schillerpreises. — Rußlands landwirtschaftlicher Export. Von Max Schippel. — Der Kapitalismus fin de siècle. Von Karl Kautsky. — Naturwissenschaftliches aus England und Deutschland. Von Edward Aveling. — Die Statistik der Ehescheidungen. — Litterarische Rundschau. — Notizen: Der Zug nach links. Die Cholera und ihre Ursachen. — Feuilleton: Deutsche Geschichte. Von F. Mehring. II.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 1 des 4. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: In Reih und Glied. — Madame Roland. (Mit zwei Illustrationen.) — Die Bergewaltigung des Vereins- und Versammlungsrechts in Nürnberg und der künftige Parteitag der Sozialdemokratie. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Feuilleton: Abu-Hassan. Ein Märchen aus dem Russischen. Arbeiterinnen Bewegung. — Kleine Nachrichten.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost Zeitungsliste für 1894 unter Nr. 2660) beträgt der Abonnements-Preis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Inseratenpreis die zweigespaltene Petitzeile 20 Pf.

Die Nummer 195 des **„Wahren Jakob"**, Verlag von J. H. W. Dietz in Stuttgart, ist in der gewohnten sauberen Ausstattung erschienen. Auf der ersten und vierten Seite befinden sich kolorierte Zeitbilder, in der Beilage das Porträt eines Veteranen der Sozialdemokratie, des bekannten „Knüppel-Tölcke." — Der „Wahre Jakob" ist durch die Expedition des „Volksblatt" a 10 Pf. pro Nummer zu beziehen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 13. Januar.

Aufgeboten: Der Handarbeiter Friedrich Sulimma und Luise Kipp (Landwehrstraße 3 und große Steinstraße 25).

Eheschließungen: Der Handarbeiter August Wild und Emma Schmidt (Spitze 22 und Ludwigstraße 28). Der Ofensetzer Wilhelm Görlitz gen. Töppe und Anna Schumann (Oleariusstraße 11 und Kapellengasse 7). Der Former Paul Haring und Luise Zabel (Schweischkestraße 14 und Gonnemargasse 5). Der Former Wilhelm Neumann und Pauline Bischoff (Thorstraße 23 und Ludwigstraße 23.)

Geboren: Dem Schneider Jakob Blum ein S., Fritz Georg (Rathausstraße 12). Dem Kellner Hermann Hoene eine T., Charlotte Johanne Margarethe (Mühlgasse 4). Dem Steinsetzer Friedrich Seidewitz eine T., Helene Erna (Lessingstraße 8). Dem Kaufmann Karl Conrad ein S., Karl Friedrich Wilhelm (Thomasiusstraße 49). Dem Bäcker Franz Schmidt eine T., Martha Maria (große Ulrichstraße 54). Dem Bahnarbeiter Heinrich Körner eine T., Anna Klara (Friesenstraße 19). Dem Handarbeiter Max Pos eine T., Elsie Helena Frieda (Schützenstraße 24).

Gestorben: Der Handarbeiter Albert Emmrich, 47 J. (Luckengasse 6). Des Schlosser Robert Wegel S. totgeb. und Ehefrau Bertha geb. Schmelzer, 21 J. (Taubenstraße 15). Des Eisendreher Friedrich Lenk S. Walther, 2 J. (Klinik). Der Stations-Assistent a. D. Robert Meyer, 40 J. (Klinik). Des Maurer August Hüfelitz T. totgeb. (Schülershof 13). Die Witwe Christiane Frankenstein geb. Bethge, 80 J. (Poststraße 18). Des Bildhauer Karl Dexer T. Elsa, 3 M. (Thorstraße 54). Des Handarbeiter August Ploch S. August, 2 J. (a. d. Moritzkirche 3). Der Tischler Johannes Ohnsiedt, 32 J. (gr. Wallstraße 21). Ein unehel. S. Des Zimmermann Gustav Schietsch T. Hedwig, 1 J. (große Brauhausgasse 11). Des Fabrikarbeiter Franz Krause S. Richard, 3 Mon. (Schmiedestraße 34). Die Witwe Klara Brandt geb. Sachse, 64 J. (Mansfelderstraße 47). Des Gastwirt Otto Fahrenkampf T. Selma, 1 J. (Trödel 18). Des Fischer Wilhelm Ersurth S. Otto, 9 Mon. (Weingärten 35). Des Arbeiter Wilhelm Heidler S. Fritz, 2 J. (Klinik). Der Handelsmann Friedrich Weger, 38 J. (große Ulrichstraße 22).

Giebichenstein, vom 6. bis 9. Januar 1894.

Geboren: Dem Handarbeiter J. C. G. Hetzer eine T. (große Brunnenstraße 45). Dem Brennmeister A. Schmidt ein S. (Eichendorffstraße 1). Dem Bahnarbeiter F. W. Kreutzmann ein S. (Augustastraße 4). Dem Steinsetzer M. R. Kötter ein S. (große Brunnenstraße 71). Dem Eisendreher F. W. O. Schlegel ein S. (Angerstraße 11). Ein unehelicher S. (kl. Breitenstraße 8). Eine uneheliche T. (Augustastraße 56). Eine uneheliche T. (gr. Gosenstraße 16).

Gestorben: Des Eisenbahn-Hilfsportiers M. C. W. Sondershausen S., 1 J. 8 M. 8 T. (Angerstraße 2). Die Witwe M. R. Winkelmann geb. Beyer, 72 J. 6 M. 11 T. (Trotharstraße 22). Der Maurer L. A. C. Kästenbrick, 57 J. 8 M. 26 T. (gr. Brunnenstraße 21). Des Bäckers C. A. Schultze T., 9 M. 24 T. (Wittekindstraße 32). Die Witwe P. Molle geb. Lehmann, 76 J. 1 M. 9 T. (Wittekindstraße 48). Des Handarbeiter H. C. Mücke T., 11 M. 9 T. (Ränzelgasse 3). Die Ehefrau des Stadtbahn Wagenführers C. H. Stein L. geb. Losch, 34 J. 2 M. 9 T. (Triftstraße 19). Ein unehelicher S., 10 T. (Augustastraße 10).

Inserate

für das „Volksblatt" werden angenommen bei

Albert Sanow, Zigarrenhandlung, Geiststr. (Weißes Roß).
Ebeling, Zigarrenhandlung, alte Promenade 28.
Daniel Speck, Viktualienhandlung, Glauchaischestraße 61.
Adolf Albrecht, Zigarrenhandlung, Merseburgerstraße.
Ed. Braunß, Kaufmann, Streiberstraße.
In Merseburg bei: **Reinhold Ziesche,** Roßmarkt 10.
In Schkeuditz bei: **Böhm,** Kürschner, Bahnhofstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: **Richard Illge in Halle.**

Konsum-Verein für Giebichenstein

und Umgegend.
(E. G. m. b. H.)

Dienstag den 16. Januar abends 8 Uhr in der Saalschloß-Brauerei

außerordentl. General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über Eröffnung einer Filiale in Halle a. S. 2. Verschiedenes.

Die Filiale wird voraussichtlich am 1. Februar in der Glauchaerstraße (in der Nähe der Kirche) eröffnet.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. **Der Vorstand.**

Verein für Naturheilkunde.

Dienstag den 16. Januar abends 8½ Uhr im Restaurant Halloria, Brüderstraße 2

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag über Wesen und Wirkungen der Anwendung des Naturheilverfahrens. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste sind willkommen. **Der Vorstand.**

Restaurant „Halloria"

Brüderstraße 2.

Heute Dienstag zum Einzugsschmaus

Schlachtefest.

Hierzu lade Freunde, Genossen und Bekannte ergebenst ein **G. Müller.**

Bieseckers Restaurant

Thorstraße 21.

Mittwoch den 17. Januar d. J.

gr. Schlachtefest.

Von 8 Uhr ab: Wellfleisch, div. Wurst und Suppe. Wurst auch außer dem Hause.

Geschäfts-Eröffnung!

Neu!!! Neu!!! Neu!!!

Jakob Tanaskowitsch

aus

Macedonien.

Einem geehrten Publikum von Halle und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich

Reilstraße 1, Ecke der Triftstraße

eine

Türkische Konditorei nebst Café

errichtet habe. Es soll mein eifrigstes Bestreben sein, mit vorzüglichen Qualitäten

Thee, Schokolade, Kaffee, Grog

und sonstigen Getränken, sowie **nur mit frischer und wohlschmeckender Ware** zu dienen. Hochachtungsvoll

Halle, den 10. Januar 1794. **Jakob Tanaskowitsch.**

Sämtl. Parteischriften empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Einen **Lehrling** sucht unter günstigen Bedingungen **Wilh. Reinhardt,** Barbier, Kröllwitz.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Dienstag den 16. Januar.
119. Vorstellung. 90. Abonnem.-Vorstell.
Farbe: **rot.**
Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10½ Uhr.

Ein Weihnachtstraum.

Weihnachts-Märchen in 1 Akt v. Willy Hoffmann.

Apotheose:

Vorkommende Tänze:
a) Dornröschen-Walzer.
b) Tanz der Schneeflocken.

Arrangiert von Hanna Rudolph, ausgeführt von Antonie Reimann mit dem Corps de Ballet. Die neuen Kostüme sind von dem Obergarderobier Herrn. Schulze und der Obergarderobiere Klara Schrödder gefertigt. Dekoratives Arrangement und Beleuchtung: Theatermeister August Ludwig u. Beleuchtungsinspektor Hermann Hickel.

Hierauf:

Der Veilchenfresser.

Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser v. Rembach, Oberst und Kommandant einer Festung . . . . . Hans Schreiner.
Valeska, dessen Tochter Jenny Schneider
Sophie v. Wildenheim Witwe . . . . . Fanny Wagner.
Frau von Berendt . . Helene Orla.
Viktor v. Berendt, Husaren-Offizier, dessen Neffe, ... Ferd. Rinald.
Reinhardt von Feldt, Referendarius . . . Ewald Bach.
Frau von Belling . . Anna Lisse.
Herr von Golewsky . Albert Kühne.
Herr von Schlegel . . Peter Weiß.
Johann, Diener . . bei Fr. v. Küstbardt
Minna, Kammerjgfr. bei Berendt J. Platt.
Peter, Husar, Viktors Bursche . . . . . Georg Köhler.
Ein Unteroffizier . . Ad. Schumacher.
Ein wacht. Unteroffizier Cäsar Markgraf.
Zwei Freiwillige . . Richard Ebert. Adolf Dalwig.
Diener bei Oberst von Rembach . . . . . Will. v. Owitzki.
Diener bei Frau von Wildenheim . . . . Aug. Schöne.

Der 1. Akt spielt in der Wohnung der Frau von Berendt in einer großen Stadt. Der 2. u. 3. Akt in einer größeren Festung im Hause des Kommandanten und auf der Zitadelle. Der 4. Akt im Hause der Frau von Wildenheim auf deren Gute.

Zeit: Gegenwart.
Nach dem 2. Akt Pause.

Mittwoch den 17. Januar.
120. Vorst. 30. Vorst. **außer Abonnem.**
Erstes u. vorletztes Gastspiel von Cavaliere Leone Fumagalli vom kgl. Argentina-Theater in Rom.

Rigoletto.

Große Oper in 3 Akten von Verdi.

Concordia-Theater.

Montag den 15. Januar.
Die relegierten Studenten.
Dienstag den 16. Januar.
Maskenball.

Ambulatorium für Krankheiten der Haut und der Harnwege

grosse Steinstrasse 77/78, I. Etage (Lippertsche Buchhandlung).
Unentgeltliche Sprechstunde für Unbemittelte: **8—10 Uhr.**
Privatdozent Dr. med. **E. Kromayer.**

Walhalla-Theater.

Direktion: Richard Kubert.

Montag den 15. Januar.

Letztes Auftreten!

Die **Chiesi-Truppe** (sieben Pers.) Bravour-Parterre-Akrobaten. — Miß **Elsa Uncion,** Kaleidoskop-Tänzerin mit neuen Beleuchtungs-Effekten. — Clown **Elemolo** mit seiner Asien-Feuerwehrbrigade. (Sensationell!) — Herr **Bookman-Darelli,** Rauchkünstler und Stimmenimitator. — **Fratelli Ruturi,** gymnastisch-equilibristische Clows. — **3 Freres Mathias,** Exzentriker in der „Teufelsküche". — Frl. **Lilli Wallau,** Liedersängerin und Kostüm-Soubrette. — Hr. **Carl Ewald Schloffer,** Gesangs- und Charakter-Humorist.

Beginn 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Wintergarten-Theater.

Magdeburgerstrasse **66.**
Täglich Vorstellungen mit neuen Attractionen.
Anfang **8** Uhr.
Preise d. Plätze: Parquet num. 1 ℳ, unnum. 75 ₰. Parterre 50 ₰. Loge 1.50 ℳ

Concordia-Theater.

Dienstag den 16. Januar

gr. Maskenball

in den feenhaft dekorierten und elektrisch beleuchteten Räumen des Etablissements. Billets hierzu im Vorverkauf: Saal 1 ℳ, Balkon 75 ₰ im Büreau des Concordia-Theaters, sowie in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben. **Die Direktion.**

Dienstag **Schlachtefest.**
A. Kempe, Böllbergerweg 61.

Restaurant zur Blume

Thorstraße 29.

Dienstag **Narrenabend.**

Fenchelhonig, bestes Mittel gegen Husten u. Heiserkeit bei Kindern, Fl. 40 ₰ **Georg Zeising,** Drogenhandlg.

ff. gebr. Weizen und Gerste
à Pfund 20 ₰
Hamburger Schmalz
à Pfund 56 ₰
ff. Nordhäuser
à Liter 60 ₰
ff. türkische Pflaumen
à Pfd. 25, 30 und 40 ₰
ff. Preisselbeeren mit Zucker
à Pfund 30 ₰ empfiehlt
A. Trautwein,
gr. Ulrichstraße 31.

Butter, 10 Pfd.-Kolli, fr. Nachnahme. **Honig, la. Süßrahmbutter** 7.20 ℳ. **Bienenhonig** 4.80 ℳ **Sch Blumenkranz,** Molkereibes. Czarikow, Galizien.

Für unsere Sterbekassen und Kinder-Versicherung (Volks-Versicherung) mit wöchentlichen Beiträgen von 10, 20, 30 ₰. Pfennigen werden **tüchtige Aquisiteure** zu hohen Provisionen für Halle und Umgebung gesucht.
Die General-Agentur der „Viktoria". Gr. Ulrichstraße 26.

Ein Bauer für Vögel u. Tauben pass., 1.50 cm h., 78 cm br., verk. Bucherer fr. 21.

Rohrstühle werden sauber u. billig gest. **Schröder,** Mittelstraße 21, III.

Groß. Brot und tägl. fr. **Pfannkuchen** lief. d. Bäckerei, Wörmlitzerstr. 106.

Ein 27pfdg. **Leiter** verkauft **G. Goldner,** Kröllwitz.

Kleines **Hündchen** (Wolfspitz) ist zu vergeben gr. Wallstraße 3. Sout.

Ein neuer **Schlitten** für 2 Hunde sof. zu verkaufen Spitze 7. Hof.

2 Hof-Wohnungen zu 160 u. 150 ℳ zu vermieten Wettinerplatz 2.

Ein **Viktualien-Keller** vermietet Wettinerplatz 2.

Eine Stube und Kammer als Schlafstelle zu vermieten Zenkerstraße 3.

Wohnung für 50 Thlr. zum 1. April zu beziehen Fleischerstraße 31.

● **In Loefts Hof** an der Merseburgerstraße sind noch einige **Hausmannswohnungen** frei.
● **L. Mauss,** Inspektor, Schmiedstr. 36.

Ein Mitbewohner zu einer freund. Stube gesucht Liebenauerstraße 7, III l.

Frdl. möbl. heizb. Stube als Schlafstelle zu verm. Mühlberg 1, II r.

Ein kräftiger Junge am 13. Januar geboren **Otto Schulze und Frau.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode und Begräbniß unseres herzensguten **Walther** sagen allen Kollegen, Verwandten und Bekannten besten Dank.

Familie Lenk.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Aug. Groß, Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.), Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218940116-11/fragment/page=0004